

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD***Nutzung von Geoinformationen im Land Bremen***

Geoinformationen sind nicht nur die Basisdaten der Vermessungs- und Katasterbehörden, wie digitale Karten und Luftbilder, sondern alle Informationen mit Raumbezug. Dazu zählen auch die Geodaten von Unternehmen der Privatwirtschaft, die zum Beispiel für Navigationssysteme oder für das an lokalen Kundenpotenzialen ausgerichtete Marketing erhoben und gepflegt werden. (Geo-)Daten sind damit Rohstoffe, aus deren Zusammenfügung und Auswertung ganz neue Informationen und Erkenntnisse gezogen werden können.

Geodaten werden an vielen Stellen bereits in Datenbanken vorgehalten. Die Fortentwicklung der Technik, insbesondere die Entwicklung der Internet-Technologie ermöglicht heute, dass über standardisierte Schnittstellen Zugänge zu diesen Daten geschaffen werden können – vorausgesetzt, die jeweiligen Systeme der Datenerzeuger setzen die entsprechenden Standards um. Die Gesamtheit der an vielen Stellen so zugänglich gemachten Daten und der Einsatz moderner Internettechnologie bilden eine (Geodaten-)Infrastruktur, die in der Informationsgesellschaft von morgen ähnliche Bedeutung haben wird, wie heute die Verkehrsinfrastruktur.

Der Innovationsgewinn besteht vor allem darin, dass dem Bürger oder Unternehmer, der die Geodaten-Infrastruktur nutzt, viele Mühen erspart bleiben, die er bisher mit dem Zusammentragen von Daten aus verschiedenen Quellen hat. Er lädt die Daten, ganz gleich, ob aus öffentlichen oder privaten Quellen, online auf seinen PC, kann verschiedene Inhalte überlagern und, sofern sein PC die technischen Möglichkeiten bietet, auswerten. Er ist nicht an Öffnungszeiten gebunden und über einen Bestellkatalog, einen so genannten Meta-Daten-Katalog, bekommt er einen Überblick über alle verfügbaren Daten, deren Aktualität und Preis.

Aber nicht nur Bürger und Wirtschaftsunternehmen haben einen Vorteil von der Nutzung der Geoinformationen über eine Geodaten-Infrastruktur. Sie dient als wichtiger E-Government-Baustein im gleichen Maße der informationstechnischen Entwicklung der Verwaltung. Geo(fach)informationen, die damit allen Verwaltungsdienststellen online verfügbar gemacht werden, erlauben eine fachlich fundierte Entscheidungsfindung auf breiter Datenbasis. Aus einer solchen Nutzung der Geodaten-Infrastruktur innerhalb der Verwaltung können sich zudem wirtschaftliche Effekte bei der Erhebung und Verwaltung der Daten sowie bei der Auskunft gegenüber dem Bürger ergeben.

Neben der Optimierung der Bearbeitungsprozesse und des Informationsflusses innerhalb der Verwaltung können die zentrale Bereitstellung und der Vertrieb von öffentlich gerierten Geodaten eine ständig wachsende Aufgabe der öffentlichen Verwaltung mit Potenzial für eine wirtschaftliche Nutzung öffentlicher Daten sein. Die Beachtung daten- und urheberschutzrechtlicher Standards ist dabei selbstverständlich.

Ziel der öffentlichen Verwaltungen muss es daher sein, über eine einheitliche Internet-Plattform in den Grenzen von Daten- und Urheberschutz einen barrierefreien Zugang zu ihren Datenbanken zu schaffen. Voraussetzung wäre der Aufbau einer Geodaten-Infrastruktur für die Freie Hansestadt Bremen als „Konzern Bremen“, die integrativer Bestandteil der ebenfalls noch im Aufbau befindlichen Geodaten-Infrastrukturen für Deutschland (GDI-DE) ist. Auf EU-Ebene wird die Verabschiedung einer entsprechenden Richtlinie über eine Geodaten-Infrastruktur

für Europa (INSPIRE) im Jahre 2006 erwartet. Bremen sollte nicht das einzige Bundesland sein, das nicht am europaweiten Aufbau von INSPIRE beteiligt wäre.

Dies erfordert jedoch eine konsequente und nachhaltig wirkende ressortübergreifende Koordination innerhalb und zwischen den Verwaltungen. Kern dieser Aufgabe ist es, auf der Basis bundesweiter Entwicklungen für das Land Bremen Regularien und Standards festzulegen und umzusetzen, um einerseits verwaltungsinterne Geoinformationen ämter- und verfahrensübergreifend auszutauschen. Andererseits sollte damit auch die Basis geschaffen werden, dass solche Geodaten auch an bundesweit agierende Nutzer, wie Energieversorger oder Handelsketten im Rahmen der bundesweiten Geodateninfrastruktur grenzübergreifend vermarktet werden können. Die verwaltungsinternen Geodatenaktivitäten müssen abgestimmt werden, um neue Rationalisierungsansätze zu finden und den Aufbau eines innovativen Bürger- und Kundenservice zu fördern.

Zusammenfassend stellt sich für das Land Bremen der Aufbau einer einheitlichen Geodateninfrastruktur vor allem aus folgenden Gründen als sinnvoll dar:

- Die Schaffung einer einheitlichen Geodaten-Infrastruktur für das Land Bremen verbessert die Geschäftsprozesse innerhalb der Verwaltung und ist ein großer Schritt in Richtung Effizienz und Kundenorientierung.
- Eine solche Geodaten-Infrastruktur für Bremen und Bremerhaven wäre ein integrativer Baustein der Infrastrukturen für Deutschland und Europa.
- Mehrere innovative bremische Unternehmen haben sich darauf spezialisiert, mobile Lösungen für professionelle und private Nutzer von Geodaten zu entwickeln. Im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit und Innovation bei der Weiterentwicklung einer Geodaten-Infrastruktur für Bremen sind aus einer engen Zusammenarbeit im Sinne einer Public-Private-Partnership Entwicklungspotenziale zu erwarten, die letztlich der öffentlichen Hand zugute kommen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge deshalb beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, unter Bezug auf seinen Beschluss vom 18. September 2001 den Aufbau einer einheitlichen Geodaten-Infrastruktur für das Land Bremen als integrativen Baustein in der Geodaten-Infrastruktur für Deutschland, insbesondere vor dem Hintergrund der Entwicklungen in den anderen norddeutschen Ländern weiter zu betreiben.
2. Der Senat wird gebeten, nicht nur den Aufbau, sondern auch die kontinuierliche Weiterentwicklung der Geodaten-Infrastruktur als Infrastrukturmaßnahme aufzugreifen und im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung der städtischen Räume in Bremen und Bremerhaven den Einsatz effizienter Technik unter konsequenter Nutzung von Geoinformationen in allen Gesellschaftsbereichen und Anwendungsfeldern wie z. B. Natur- und Umweltschutz, natur- und umweltverträgliche Landwirtschaft, vorsorgender Verbraucherschutz, Verkehrswesen, Hafenvirtschaft und Stadtplanung voranzutreiben.
3. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 1. September 2006 einen Bericht zu fachlich-konzeptionellen und finanziellen Überlegungen zum Geodaten-Management sowie Möglichkeiten der Kooperation mit den anderen norddeutschen Ländern und unter dem Aspekt von Public-Private-Partnerships vorzulegen.

Erwin Knäpper, Heiko Strohmann,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU

Insa Peters-Rehwinkel,
Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD